

75 Jahre Konferenz von Potsdam

Als man versuchte, den Teufel durch Beelzebub auszutreiben

Vortrag von Friedrich Zempel vor dem BdV-Freiberg am 18. August 2020

Einleitung

Vor 75 Jahren, am 2. August 1945, endete die Potsdamer Konferenz. Sowohl Gegner als auch Befürworter der Vertreibung der Deutschen aus Ost- Mitteleuropa und der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze haben sich in der Vergangenheit auf die Konferenz berufen. Noch in den letzten Monaten nahmen polnische Regierungsvertreter bei ihren Forderungen nach deutschen Reparationen auf die Konferenz von Potsdam Bezug. Daher ist die Beschäftigung mit diesem Thema nicht nur Vergangenheitsbewältigung, sondern berührt auch die gegenwärtigen deutsch-polnischen Beziehungen.

Weltpolitische Ausgangslage

Um die Potsdamer Konferenz richtig einzuordnen, erlaube ich mir ein paar Vorbemerkungen: Im Ersten Weltkrieg war England noch die unbestrittene Supermacht. Das englische Weltreich hatte eine Fläche von mehr als 33 Millionen km² (ein Viertel des Festlandes) und über 450 Millionen Einwohner (ein Viertel der Weltbevölkerung), Russland 22 Millionen km² und 190 Millionen Einwohner, die USA über 9 Millionen km² und über 130 Millionen Einwohner, Deutschland einschließlich Österreichs und des Sudetenlandes 550.000 km² und 80 Millionen Einwohner. Bei Beginn des Zweiten Weltkrieges hatte England seine Stellung als Supermacht aus wirtschaftlichen Gründen verloren. Die USA waren aber noch nicht zur Supermacht aufgestiegen. Trotz des verlorenen Ersten Weltkrieges hatte Deutschland bis zur Machtübernahme der Nazis die weltweit innovativste Wirtschaft. Dies änderte sich erst durch die Rassenpolitik der Nazis und den daraufhin einsetzenden Exodus deutscher Wissenschaftler.

Lage der Alliierten

Für die Lage der Westalliierten (USA, England und Frankreich) waren einige Schwachpunkte kennzeichnend: Frankreich hatte den Krieg gegen Deutschland verloren. Das Vichyregime kooperierte mit dem NS-Regime. England und die USA mussten gleichzeitig gegen Deutschland und Japan kämpfen. Außerdem begannen in den englischen Kolonien Unabhängigkeitsbestrebungen. Der amerikanische Präsident Roosevelt war wie sein Vorbild Wilson Vertreter einer linksliberalen Richtung, der in erster Linie innenpolitische Ziele verfolgte. Roosevelt war zudem ein kranker Mann. Als Erwachsener hatte er Kinderlähmung bekommen und war praktisch an einen Rollstuhl gebunden. Bei der wichtigen Konferenz von Jalta war er bereits vom Tode gezeichnet. Am 17. April starb er. In England verlor Churchill die Parlamentswahlen vom 5. Juli 1945 haushoch. Am 17. Juli begann die Konferenz. Die USA und England wurden von neuen Leuten vertreten. Stalins Einfluss und Macht nahmen dagegen seit der Schlacht von Stalingrad ständig zu.

Krisenherde außerhalb Europas

Europa war nicht das einzige Problemgebiet. Auch außerhalb Europas gab es Krisenherde. Japan versuchte, den gesamten westpazifischen Raum in einem neuen Weltreich zusammenzufassen. Italien hatte erfolglos versucht, Abessinien zu erobern. In Indien und anderen britischen Kolonien regten sich Unabhängigkeitsbewegungen. Das Deutsche Reich hatte versucht, außerhalb Europas befreundete Regierungen zu gewinnen (Iran, Südafrika) bzw. durch Umsturz (Irak) an die Macht zu bringen. Aus diesem Grund waren die UdSSR und England im Iran einmarschiert.

Die Beteiligten des Zweiten Weltkrieges

Auf der einen Seite standen Deutschland, seine erzwungenen Verbündeten und Italien sowie Japan. Nur wenige Staaten blieben neutral. Der ganz überwiegende Teil der Welt stand auf der anderen Seite.

Die politische Ausgangslage in Deutschland bei Beginn der Potsdamer Konferenz

Kurz vor Kriegsende hatten Hitler und sein Reichskanzler Goebbels sich das Leben genommen. Zuvor hatte Hitler Dönitz zu seinem Nachfolger und dieser Lutz von Schwerin-Krosigk zum geschäftsführenden Reichskanzler bestimmt. Bereits diese Ernennungen waren rechtlich zweifelhaft, tatsächlich waren sie bedeutungslos. Ganz Deutschland war besetzt und die Regierung hatte keinerlei exekutive Möglichkeiten. Daher bestand zu der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Alliierten keine Alternative.

Konferenzen der Alliierten

Formal gehörten die USA, England, die UdSSR, Frankreich und China zu den Alliierten. Frankreich und China hatten jedoch entweder nicht mit beraten oder nur eine untergeordnete Rolle. Daher werde ich auf sie nicht näher eingehen.

Die Alliierten hatten sich auf das Kriegsende langfristig vorbereitet. Über die Kriegsführung und die Behandlung der Verlierer des Zweiten Weltkrieges hatten sie rund zwei Dutzend Konferenzen durchgeführt. Bei diesen Konferenzen ging es nicht ausschließlich, aber in erster Linie um Deutschland ohne Österreich. Nur am Rande erinnere ich daran, dass auch Österreich nach dem Krieg in vier Besatzungszonen und Wien in vier Sektoren geteilt wurde.

Bei der Moskauer Konferenz der Alliierten Ende Oktober 1943 war man sich einig geworden, dass nach dem Krieg Preußen zerschlagen werden sollte.

Einen Monat später, Ende November, trafen sich „die Großen Drei“ (Stalin, Roosevelt und Churchill) wieder. Dieses Mal hatten sie Teheran als Konferenzort gewählt; denn das persische Kaiserreich war seit 1941 von der UdSSR und England besetzt. Bei dieser Konferenz forderte Stalin die Westverschiebung Polens. Wesentliche Einwände erhoben die Westalliierten nicht. Strittig blieb eigentlich nur, welche Neiße die polnische Westgrenze werden sollte. Um auszutesten, wie weit er gehen könnte, schlug Stalin vor, bei Kriegsende vorsorglich 50.000 Offiziere zu erschießen. Bezeichnend ist, dass Roosevelt diese Äußerungen Stalins für einen Witz hielt. Churchill reagierte abweisend und wütend.

Potsdam, die letzte große Konferenz vor dem Ende der Anti-Hitler-Koalition

Man kann darüber streiten, welche Konferenz die wichtigste war. Für Korea hatte Jalta die größte Bedeutung, weil in Jalta nicht nur die Teilung, sondern auch die Demarkationslinie zwischen der sowjetischen und amerikanischen Zone festgelegt wurde. Für Deutschland und Polen hatte die Konferenz von Potsdam die größte Bedeutung. Weltpolitisch gesehen war sie die letzte Konferenz der Regierungschefs vor dem Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition.

Die politischen Absprachen in Potsdam

Die Deutschland betreffenden politischen Absprachen in Potsdam wurden unter dem Begriff der 4 D zusammengefasst: Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung, Dezentralisierung. Für die Vertriebenen von besonderer Bedeutung waren folgende Passagen der Konferenz Dokumentation:

In Abschnitt IX heißt es: „Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, dass die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll“.

Bezüglich Nordostpreußen wird in Abschnitt VI ausgeführt: „Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion gemäß der obigen Beschreibung zugestimmt.... Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, dass sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden.“

In Abschnitt XIII wird erklärt: „Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn: die drei Regierungen... erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung..., die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Überführung... in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.“

Hier muss man darauf hinweisen, dass nur von der Überführung der Deutschen aus Polen und nicht aus den von der UDSSR besetzten Provinzen Ostpreußen, Pommern und Schlesien gesprochen wird.

Für gelernte DDR-Bürger war Abschnitt IV wichtig. In dieser Passage wird erklärt, die SU solle ihre Reparationsansprüche aus ihrer Besatzungszone befriedigen. Außerdem sollte sie 10 % der industriellen Ausrüstungen, die für die Friedenswirtschaft unnötig waren, aus den Westzonen entnehmen und gegen einen Austausch an Nahrungsmitteln, Kohle, Kali, Zink, Holz usw. weitere 15 % der wichtigsten industriellen Ausrüstungen.

Noch heute politisch brisant ist die Polen betreffende Erklärung in Abschnitt IV 2. Dort heißt es: „Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen.“

Bewertung der politischen Absprachen

Alle Alliierten waren für die Umsetzung der Protokollabsprachen selbst verantwortlich. Der Alliierte Kontrollrat war nicht befugt, Verstöße gegen die Absprachen zu sanktionieren.

Die Bedeutung der politischen Absprachen ist in vielen Teilen strittig. Beispielsweise hatte die SU ganz andere Vorstellungen von einer Demokratie als die Westalliierten.

Bei den politischen Konferenzen zeigte sich keine einheitliche Entwicklungslinie. Zunächst ging es Stalin darum, Deutschland als Staat zu zerschlagen und aufzuteilen. Als sich abzeichnete, dass die Rote Armee weite Teile Deutschlands erobern wird, setzte er auf die Einheit Deutschlands, in der Hoffnung, ganz Deutschland in seinen Machtbereich einbeziehen zu können. Bedingt galt ähnliches für die USA. Nur England war von Anfang an daran interessiert, dass Deutschland in der Lage bleiben sollte, zumindest die eigene Bevölkerung zu versorgen.

Verschiedene Alliierte haben eindeutige Absprachen nicht eingehalten. Der Aufbau der Kasernierten Volkspolizei in der SBZ verstieß eindeutig gegen das Ziel der Demilitarisierung. Die Bodenreform und die Verstaatlichungen in der SBZ waren nicht mit dem in den Konferenzunterlagen festgeschriebenen Grundsatz vereinbar, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu bewahren. Entgegen dem Wortlaut des Protokolls wurden von der UDSSR Stettin und ein Teil Vorpommerns an Polen abgetreten. Auch die Eingliederung des Saarlandes in das französische Wirtschaftsgebiet war ein Verstoß gegen den Wortlaut des Protokolls. Sogar zwischen den USA und England gab es unterschiedliche Auffassungen, die allerdings weniger gravierend waren.

Der Rechtscharakter der Konferenzergebnisse von Potsdam

Gemeinhin werden die Veröffentlichungen über die Konferenzergebnisse als „Potsdamer Abkommen“ bezeichnet. Dieser Titel erweckt den Eindruck, dass in Potsdam ein für Deutschland verbindlicher Vertrag geschlossen wurde.

Die meisten Völkerrechtler sind jedoch andere Auffassung.

Die Konferenzergebnisse wurden in zwei Dokumenten und zwei verbindlichen Konferenzsprachen (Englisch und Russisch) veröffentlicht.

Ein Dokument behandelt nur die Deutschland betreffenden Maßnahmen. Es wurde im Amtsblatt der alliierten Kontrollkommission in deutscher Sprache unter dem Titel „Mitteilungen über die Dreimächtekonferenz von Berlin“ veröffentlicht.

Das umfassendere auch andere Staaten betreffende Dokument trägt die Überschrift „Protocol of the Proceedings“. Übersetzt bedeutet diese Bezeichnung „Konferenzkommuniqué“.

Auch den russischen Texten ist kein Hinweis zu entnehmen, dass ein Vertrag geschlossen werden sollte.

Die Bezeichnung „Potsdamer Abkommen“ ist daher irreführend. Vielmehr sollte man von dem „Potsdamer Protokoll“ und den „Mitteilungen über die Dreimächtekonferenz“ sprechen.

Im Übrigen gibt es eine Reihe von Argumenten, dass es auch völkerrechtlich gar nicht möglich gewesen wäre, Deutschland durch einen Vertrag, an dem es nicht beteiligt war, zu binden, es sei denn, es wäre später diesem Vertrag beigetreten. Dies haben aber weder die DDR noch die Bundesrepublik getan.

Zwei-plus-Vier-Vertrag

Nach übereinstimmender Auffassung der Alliierten und Deutschlands hat sich das Potsdamer Protokoll durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag erledigt.

Schluss

Rudolf Augstein, der Herausgeber des Spiegels, schrieb über die Potsdamer Konferenz:

„Das gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, dass hier ein Kriegsverbrechergericht von Siegern beschlossen wurde, die nach Maßstäben des späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt. Truman für die völlig überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon für Hiroshima, und Churchill zumindest als Oberbomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war. Alle drei hatten sogenannte „Bevölkerungsumsiedlungen“ verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wussten, wie verbrecherisch diese vor sich gingen.“

Persönlicher Nachtrag

Von bestimmten Kreisen einschließlich der Kirchen wurde in Deutschland immer wieder behauptet, die Vertreibung sei eine Strafe für die während der NS-Zeit begangenen Verbrechen. Ich halte diese Behauptung nicht nur für rechtlich und politisch falsch, sondern auch für rücksichtslos gegenüber dem polnischen Volk.

Stalin und Churchill stimmten mit Roosevelts Duldung der Westverschiebung Polens zu. Dies intendierte auch eine Vertreibung der Polen aus ihren ostpolnischen Heimatgebieten. Die Befürworter einer Bestrafung der Deutschen hätten sich fragen müssen, wofür die Polen bestraft werden sollten.

Meine Familie stammt aus der früheren Provinz Posen. Hier lebten Deutsche, Polen und Juden miteinander. Sie haben über Generationen erlebt, was Nathan der Weise dem Tempelherrn erklärt, dass es in allen Völkern gute Menschen gibt.

Eingedenk dieser Tatsache forderte der tschechische Dissident Ludek Pachman immer wieder:

„Anständige Menschen aller Länder vereinigt Euch!“